Sessionsforum Sommersession, Schaffhauser Nachrichten vom 2.6.2022

Martina Munz, Nationalrätin

Wegweisende Entscheide stehen an

Die hohen Energiepreise belasten die Kaufkraft der Bevölkerung, diesen Herbst kommt voraussichtlich ein Prämienschock hinzu. Die Politik muss handeln, auch beim EU-Dossier.

Die Krankenkassenprämien steigen und steigen, sie belasten die Haushalte immer stärker. Im Nationalrat werden zwei Volksinitiative behandelt, die das Problem auf unterschiedliche Art angehen. Die Initiative der Mitte will eine Kostenbremse einführen. Die Gesundheitskosten dürfen nicht schneller steigen als die Löhne. Das Problem dabei: die Mitte sagt nicht wie. Der Gegenvorschlag schlägt eine wirksame Kostensteuerung vor. Doch wie so oft im Gesundheitswesen, werden zielführende Massnahmen stark bekämpft, dieses Mal seitens der Ärzteschaft FMH und des Krankenkassenverband. Alle Akteure im Gesundheitswesen sagen es sei zu teuer, niemand will etwas abgeben. Eine Initiative der SP fordert die Krankenkassenprämien auf maximal 10 Prozent des verfügbaren Haushalteinkommens zu beschränken. Die vorberatende Kommission hat auch bei dieser Initiative einen mehrheitsfähigen Lösungsvorschlag ausgearbeitet, mit welchem über zwei Milliarden Franken mehr für die Prämienverbilligung von Haushalten zur Verfügung stünden. Das würde die Kaufkraft von Personen und Familien stärken. Doch auch diese Vorlage wird es schwer haben.

In der Sommersession wird über den coronabedingten Schuldenabbau entschieden. Die Schweiz steht bezüglich Schuldenquote sehr gut da. Kein anderes westliches Land hat eine so tiefe Staatsverschuldung. Seit 2005 wurden Schulden von über 30 Milliarden Franken abgebaut, in der gleichen Höhe wie sie nun durch Corona wieder entstanden sind. Eigentlich müssten deshalb keine Schulden abgebaut werden. Doch das Finanzhaushaltgesetz verlangt einen Abbau in 6 Jahren. Das hätte ein drastisches Sparprogramm oder massive Steuererhöhungen zur Folge. Die Finanzkommission schlägt darum einen Mittelweg vor: Schulden sollen während 15 Jahren abbezahlt werden. Auch dieser Mittelweg wird grossen Spardruck auslösen, zumal das Parlament zusätzlich Mehrausgaben von 3 Milliarden Franken für die Verteidigung beschlossen hat. Forschung und Bildung, Landwirtschaft und die internationale Entwicklungshilfe könnten darunter leiden. Zusätzliche Ausgaben zur Bewältigung der Klimakrise, Altersvorsorge oder Individualbesteuerung blieben auf der Strecke, obwohl dieser Spardruck nicht nötig wäre.

In der letzten Woche ist im Nationalrat ein Richtungsentscheid zu den Verhandlungen mit der EU zu erwarten. Die Aussenpolitische Kommission hat die Motion «Dringliche Massnahmen zugunsten des Schweizer Forschungs-, Bildungs- und Innovationsstandortes» eingereicht. Diese fordert eine möglichst rasche Assoziierung der Schweiz an das EU-Rahmenprogrammen für Bildung, Forschung und Innovation. Auf Grund der aktuellen Situation ist die Zukunft des Forschungs- und Innovationsplatzes Schweiz in Gefahr ist. Diesen Frühling war ich Teil einer SP-Delegation, die in Brüssel die Stimmung der EU-Kommission nachspürte. Der für das Schweiz-Dossier zuständige EU-Kommissionsvizepräsident Maros Sefcovic zeigte sich sehr offen für Gespräche und ist auch bereit, in die Schweiz zu reisen, um über die Beziehung Schweiz-EU zu diskutieren. Die Türen für Verhandlungen mit der EU sind keineswegs verschlossen. Der Krieg in der Ukraine hat erneut gezeigt, dass wir mit der EU eine Wertegemeinschaft bilden und zusammenarbeiten müssen. Ein Abkommen mit der EU wäre für unsere Versorgungssicherheit, Handel und Standortattraktivität entscheidend. Nun muss die Politik handeln.